

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Eigenständige Jugendpolitik im Saarland

Der Landtag wolle beschließen:

Jugendliche und junge Erwachsene gelten vielfach als Symbol des „Geistes der Zeit“, als Symbol für Selbstfindung, Dynamik und Veränderung. Die Lebensphase Jugend wird deutlich von der Kindheit und dem Erwachsenenalter abgegrenzt. Die Abgrenzung findet aber über die reine Alterskategorie 12-27 Jahre hinausgehend statt: sie ist sozialer Ort und biographische Besonderheit, eigenständig und prägend. Das lässt sich an vier Prozessen festmachen: erstens wird ihnen – in Abgrenzung zur Kindheit – eine verstärkte Leistung und Selbstverantwortung bis hin zur Schul- und Berufsausbildung abverlangt, zweitens lösen sie sich vom Elternhaus ab und wenden sich verstärkt Gleichaltrigen zu, drittens agieren sie in allen Lebensbereichen verstärkt eigenverantwortlich und bilden ihren eigenen Lebensstil heraus, viertens bestimmen sie wichtige öffentliche Räume mit. In allen gesellschaftlichen Lebensbereichen Familie, Schule, Ausbildung, Hochschule, Freizeit, Medien, Konsum, Freundschaft, Partnerschaft, Recht, Religion und virtueller Welt machen sie sich auf den Weg, eigene Positionierungen zu finden.

Die meisten jungen Menschen lösen all diese Herausforderungen mit Bravour. Schwieriger wird es zumeist dann, wenn die gesamte Lebenssituation bereits belastet ist. Insbesondere wenn Jugendliche mit sozialen und ökonomischen Unsicherheiten konfrontiert sind, sind sie verletzlich, geraten auf Umwege, ins Straucheln. Ihr Lebensgefühl kann zeitweise durch Krisen und Zerrissenheitserfahrungen geprägt sein – sei es durch die Zugehörigkeit zu mehreren Kulturen, durch neu entdeckte sexuelle Orientierungen, durch Ohnmachtsgefühle gegenüber politischen Entscheidungen, dem Klimawandel, der Corona-Pandemie oder antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft etc. Jugendliche, die unter erschwerten Bedingungen leben, stehen dabei oft vor höheren Hürden und schauen mit weniger Zuversicht in die Zukunft. Das hat insbesondere damit zu tun, in welchen Familien und an welchen Lebens- und Lernorten sie aufwachsen und ob Arbeitslosigkeit und Armut eine Rolle spielen. Auch Behinderungen oder Beeinträchtigungen führen oftmals zu Benachteiligung. Die Ergebnisse der aktuellen Shell Jugendstudie zeigen, dass klar erkennbare soziale Unterschiede weiterhin bestehen bleiben.

Trotzdem finden sich Gemeinsamkeiten. Über die soziale Herkunft, das Geschlecht, die Nationalität hinweg, gibt es einen wachsenden Drang, sich für die eigenen Belange einzubringen. Eine Generation meldet sich zu Wort. Sie formuliert nachdrücklich eigene Ansprüche hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft und will gehört werden. Sie fordert mehr Mitsprache in allen Themenbereichen – vor allem bei Zukunftsthemen, wie dem gesellschaftlichen Miteinander und den Themen Umweltschutz und Klimawandel und sie möchte, dass bereits heute die dafür erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen werden. Der Landtag des Saarlandes stellt fest, dass diese aktiven jungen Menschen im Saarland eine einzigartige Chance für unsere Gesellschaft sind. Junge Menschen als Chancegeberinnen und Chancegeber, Expertinnen und Experten anzuerkennen heißt aber auch, die Fähigkeiten, Potenziale, Ressourcen, Leistungen und Herausforderungen der jungen Generation in den Fokus des politischen Handelns zu rücken. Der Landtag des Saarlandes bekennt sich zu dieser Verantwortung. In den vergangenen Jahren wurde der Mitteleinsatz für die Förderung der Jugendverbandsarbeit kontinuierlich angehoben, die Anzahl der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten erhöht. Und auch in den Schulen wurden mit der Novellierung des Schulmitbestimmungsgesetzes Meilensteine gesetzt.

Um die weitergehenden benötigten politischen Rahmenbedingungen, Teilhabemöglichkeiten, und Unterstützungssysteme zu eruieren, hat sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des saarländischen Landtages in einer digitalen Anhörung in der vergangenen Legislaturperiode im Mai 2021 an vier Nachmittagen zu sieben jugendrelevanten Themen die Perspektive von Jugend- und Fachorganisationen eingeholt. Die Breite und Tiefe des Verfahrens, die enge Kooperation mit dem Landesjugendring Saar bei Organisation und Durchführung, die Einbindung von Jugendlichen in einer digitalen Fishbowl, der Livestream auf den Plattformen YouTube und Facebook setzte schon rein formal bundesweit einmalige Maßstäbe in der Parlamentsarbeit.

Inhaltlich sollen die Ergebnisse in der Jugendpolitik des Saarlandes eine Zeitenwende einläuten, an deren Anfang eine grundsätzliche Haltung des saarländischen Landtages definiert wird: alle Fragen, die Kinder und Jugendliche betreffen, sind künftig Jugendpolitik. Also nicht nur die klassischen Bereiche wie außerschulische Jugendarbeit oder Bildungs- und Ausbildungsfragen. Die Themen Verkehr und Mobilität sind ebenso jugendpolitische Themen wie die Digitalisierung, die Umwelt- und in besonderem Maße Klimapolitik, die Stadtentwicklung und letztlich auch die Finanzpolitik. Und vor allem: Es betrifft nicht nur die meisten Politikbereiche, sondern auch alle politischen Ebenen. Das ist eine Herausforderung für die Bundesebene, die Landesebene, aber auch die kommunale Ebene.

Der bedeutendste Beitrag zur politischen Beteiligung junger Menschen wäre die Absenkung des Wahlalters. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass trotz der eindeutigen Befürwortung aus den Jugendverbänden, fast allen politischen Jugendorganisationen und den wissenschaftlichen Fachbeiträgen in der Anhörung die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre sowohl auf

kommunaler als auch auf Landesebene derzeit noch nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im saarländischen Landtag findet.

Es sind insbesondere die Kommunen, die für eine eigenständige Jugendpolitik eine besondere Bedeutung haben. Sie sind der Ort, der schon in jungen Jahren ganz konkret das eigene Leben betrifft. Deshalb sind Kommunen ganz besonders gefordert, die Beteiligung Jugendlicher zu fördern und aktiv einzuwerben. Seitens des Landes muss weiter benötigte Unterstützung bereitgestellt, sei es im Rahmen von Fortbildungen, Qualifikationen, Vernetzungsmöglichkeiten oder der Weitergabe von Best Practice-Beispielen.

Einzelne Kommunen binden Jugendliche in ihre Entscheidungsprozesse bereits in Form von Beiräten oder niedrigschwelligen direkten Foren (z.B. DingDeinDorf) an. Besonders gut gelingt diese Art der Partizipation dann, wenn es weitgefaste Rechte und Befugnisse gibt (Rederecht, Antragsrecht, Anhörungsrecht, eigenständige Projekte, eigener Haushalt). Unsere öffentlichen Strukturen müssen Teilhabemöglichkeiten eröffnen, transparent sein, unterschiedlichste Sichtweisen einbinden, bürgerschaftliches Engagement aktiv befördern und so die Basis für eine umfassende Demokratiebildung aller Generationen legen.

In allen Lebensbereichen bewegen sich Jugendliche zwischen Online- und Offline-Welten. Das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) lieferte fundierte Einblicke in die digitalen Lebenswelten Jugendlicher. Ein zentraler Befund war in der letzten Studie, dass es in der Altersgruppe der 14 bis 24jährigen keine Offliner mehr gibt. 99 Prozent nutzen das Internet täglich. Mit höchster Wahrscheinlichkeit besitzen fast alle ein Smartphone. Sie nutzen aktiv und kreativ die digitalen Medien und gestalten beide Welten mit. Sie erwerben Fähigkeiten, die sie im Zeitalter der Digitalisierung dringend benötigen. Sie positionieren und präsentieren sich in Fotos und Videos und erweitern ihren Handlungsraum – sie werden selbstständig. Online zu sein ist normal für Jugendliche. Wer es nicht ist, läuft Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Im Freundeskreis, in der Schule, in der Berufsausbildung oder im Studium spielt das Internet eine sehr wichtige Rolle. Jedoch hat nicht jeder und jede die gleichen technischen Zugänge und Möglichkeiten, um an der digitalen Welt teilzuhaben und sich einzubringen. Wer in der Offline-Welt benachteiligt ist, ist es noch viel mehr in der Online-Welt.

Auch Informationsbeschaffung und Meinungsbildung finden immer mehr über digitale Plattformen wie Snapchat, Twitch, TikTok, Facebook, Instagram, Google, YouTube, Wikipedia und Messengerdienste statt. Neben einer Reihe von Vorteilen birgt diese Art der Informationsbeschaffung und Meinungsbildung auch Nachteile für das gesellschaftliche und demokratische Zusammenleben und für Kinder und Jugendliche im Speziellen.

Die Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen Fakten, Meinungen und Lügen wird zunehmend schwerer. Gleichzeitig werden Quellen seltener hinterfragt und recherchiert. Auch weil sich in sozialen Räumen zunehmend Filterblasen und Echokammern bilden, in denen die eigene Meinung bestärkt und andere Meinungen ausgeblendet werden. Dies trifft nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Teile unserer Gesellschaft.

Diese Veränderung erfordert eine Art „digitale Aufklärung“ und eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, bei der der Erwerb von digitaler Medienkompetenz und digitaler Mündigkeit essentiell ist. Neben der Fähigkeit, Nachrichten kritisch zu hinterfragen und einordnen zu können, braucht es auch ein kritisches Bewusstsein und die Kompetenz für die Arbeitsweise, die Strukturen und die Macht sozialer Netzwerke und Algorithmen.

Hinzu kommt, dass soziale Netzwerke auch gerade in der Phase der Persönlichkeitsfindung junger Menschen eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Die Suche nach Anerkennung, Zugehörigkeit und sozialen Interaktionen verlagert sich dabei immer weiter in den digitalen Raum und wird durch die Struktur der sozialen Netzwerke systematisch gefördert und gefordert. „Likes“ und „Follower“ werden zu neuen Status- und Vergleichssymbolen und fördern dabei aktiv ein neues Suchtverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Durch die Anonymität im Internet und den vermehrt aufkommenden Hass-Kommentaren drohen neue Formen der Ausgrenzung und Beleidigung. Cyber-Mobbing ist gerade bei Kindern und Jugendlichen ein ernstzunehmendes Phänomen. Ohne kritische Medienbildung drohen Risiken in der Identitäts- und Wahrnehmungsbildung. Der saarländische Landtag ist sich bewusst, dass eine eigenständige Jugendpolitik beide Welten, die reale und die virtuelle, abbilden muss. In seiner Anhörung in der vergangenen Legislaturperiode über die Auswirkungen der Digitalisierung, und insbesondere der zunehmenden Nutzung von sozialen Netzwerken auf Jugendliche im Saarland hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landtages auch zu diesem Themenkomplex die Expertisen der Fachstellen eingeholt.

Abschließend lässt sich zusammenfassen: Jugend ist wild, bunt, vielfältig. Sie ist Lebensphase und Entwicklungskorridor, Chance und Herausforderung. Jugend braucht Raum, Zeit, Strukturen und Teilhabe. Den Rahmen bietet im Saarland künftig die zu implementierende eigenständige Jugendpolitik.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einer „Landesstrategie Jugendpartizipation“

- Jugendbeteiligung in der Landesregierung ressortübergreifend zu institutionalisieren. Ihre Struktur und Form werden von Jugendlichen (mit)konzipiert;
- nach geeigneten Formen der Jugendbeteiligung im parlamentarischen Verfahren zu suchen, die Jugendlichen ermöglicht, sich bei politischen Prozessen einzubringen.
- zum Start dieses Prozesses ein Landesjugendforum durchzuführen. In diesem direkten Beteiligungsformat können alle interessierten jungen Menschen gemeinsame Empfehlungen aussprechen, in welcher Form Kinder und Jugendliche im Sinne einer „Eigenständigen Politik“ lokal und landesweit im Saarland zu beteiligen sind. Zudem sind sie aufgerufen, in den sie als junge Menschen betreffenden Fragen, Empfehlungen an die Landespolitik auszusprechen. Dabei dienen der Prozess und die Ergebnisse der Anhörung „Eigenständige Jugendpolitik“ aus dem Jahr 2021 als Grundlage;

- einen „Fonds für junge Ideen“ einzurichten, welcher die eigenständige Jugendpolitik durch Förderung von beteiligungsorientierten Jugendprojekten unterstützt;
- gemeinsam mit der kommunalen Familie Instrumente festzulegen, wie niedrigschwellige und lebensweltnahe Formen der Jugend-Partizipation in den Städten und Gemeinden umgesetzt und im Kommunalen Selbstverwaltungsgesetz verankert werden können;
- die erfolgreiche saarländische Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe als Moderatorinnen und Moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung mit dem Deutschen Kinderhilfswerk zu einem „Netzwerk Fachkräfte in der Kinder- und Jugendbeteiligung“ weiterzuentwickeln.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einer „Landesstrategie soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Jugendliche“

- den Aktionsplan zur Armutsbekämpfung mit seinen wichtigen Vorhaben Einrichtung und Verstetigung von Kinder- und Jugendhäusern, sozialindizierte Ausstattung von Kitas und Schulen, Entlastung der Eltern bei den Betreuungsbeiträgen, Stärkung der Schulsozialarbeit, Einsatz von multiprofessionellen Teams an Schulen, individuelles Coaching von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf etc. weiterhin konsequent umzusetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einer „Landesstrategie Jugendliche in der virtuellen Welt“

- die digitale Teilhabe und den digitalen Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu unterstützen;
- eine digitale Strategie für die soziale Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln;
- einen zusätzlichen Förderschwerpunkt Medienkompetenz in der Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln;
- die unter anderem durch das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) durchgeführten Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler als wichtiges Instrument konsequent weiterzuführen und bei Bedarf anzupassen;
- Medienkompetenz und Medienbildung noch stärker in die schulischen Lehrpläne einzubinden. Hier begrüßt der Landtag des Saarlandes die Initiative der Landesregierung zur Einführung eines Pflichtfaches Informatik ab Klassenstufe 7;
- die Schulsozialarbeit in Fragen der digitalen Mediennutzung und der digitalen Medienkompetenz zu schulen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für Personen im Leistungsbezug neben den Kosten für Computer, Laptop oder Tablet auch die Kosten für W-LAN und Druckkosten usw. bedarfsdeckend durch die Sozialleistungen abgebildet werden.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.